

Sozialdemokratischer Pressedienst

Berater und Chefredakteur:
Erich Hilringhaus, Berlin.
Telefon: Karl Diefenbach 4196/4195



Abdruck für Briefe und Beiträge:
Berlin O 2 61, Dörfel-Allee-Str. 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Zusicherung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders besprochen ist. Abdruckkosten für beide Seiten in Berlin.

Berlin, den 9. August 1930

Verfassung, Recht und Macht.

Int. Institut
f. Gesch. u. Politik
Amsterdam

SPD. Ferdinand Lassalle hat der Arbeiterbewegung an ihrer Wiege sein unvergängliches Kollegium über Verfassungsfragen gelesen: eine Verfassung ist der Ausdruck der im Staate vorhandenen tatsächlichen Machtverhältnisse. Kommunistische Sinnverdrehung hat daraus ableiten wollen, Lassalle habe eine Verfassung für überflüssig oder für hohlen Schein erklärt.

Nichts ist verkehrter. Wer Lassalles Rede "Über Verfassungswesen" aus dem Jahre 1862 nachliest, der findet darin nur immer wieder die Ansicht widerlegt, als könne eine Verfassung ein Eigenleben, unabhängig von den sie gestaltenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Faktoren führen, als könne sie sich dauernd in ihrer überkommenen Gestalt behaupten, während die realen Mächte ihr Kräfteverhältnis längst gewechselt hätte. Lassalle bekämpft den Irrglauben, als liesse sich durch eine papierene Gesetzgebung Ohnmacht in Macht und Macht in Ohnmacht verwandeln. Wo eine Verfassung zu den wirklichen ökonomischen und gesellschaftlichen Gewalten in Widerspruch gerät, da ist es um ihre Geltung geschehen.

Aber diese Beweisführung Lassalles gilt nach beiden Seiten hin. Wenn Lassalle auf dieser Grundlage im Jahre 1862 nachwies, dass und warum die demokratische preussische Verfassung von 1848 keinen Bestand hatte, warum sie nach kurzer Zeit der "oktroierten Verfassung" mit Herrenhaus und Dreiklassenwahlrecht weichen musste, so berechtigt der nunmehr zwölfjährige Fortbestand der demokratischen Weimarer Verfassung zu der umgekehrten Schlussfolgerung, dass hinter dieser Verfassung reale Mächte stehen, die sie stützen und garantieren.

Nach kommunistischer Behauptung wird Deutschland seit 1918 "faschistisch" regiert. Eine zeitweilige Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung, eine dauernde an der Preussenregierung ändert daran in ihren Augen nichts denn durch die kommunistische Brille betrachtet gibt es gar keine Sozialdemokraten sondern lediglich "Sozialfaschisten". Zwar würden unsere deutschen Kommunisten den Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus sofort begreifen, wenn in Deutschland wirklich der Faschismus ans Ruder käme - sie würden ihn dann sogar in allen Gliedern fühlen -, aber einstweilen bieten sie all ihren Sophismen auf, um zu beweisen, dass die demokratische Republik nichts anderes als die Ausdrucksform einer nackten Gewaltherrschaft der Bourgeoisie und des Kapitalismus sei. Womit sie den ungeteilten Applaus der Hitlerknaben finden, nur dass es in deren Phrasenschatz "jüdische Bourgeoisie" und "Finanzkapitalismus" heisst.

Die Geschichte zeigt aber, dass die bürgerliche Kapitalistenklasse weit entfernt ist, die Demokratie des gleichen Wahlrechts als ihre Herrschaftsform zu betrachten, für sich ganz andere Verfassungsformen erstrebt. Wie eine auf dem Gipfel der Macht stehende Bourgeoisie den Staat ausgestaltet, zeigt etwa die französische Verfassung des "Bürgerkönigs" Louis Philipp von 1830, durch die von vierzig Millionen Franzosen nach dem Vermögenszensus knapp 240 000 das Wahlrecht erhielten, also noch nicht ein Prozent der Bevölkerung! Oder

das preussische Dreiklassenwahlrecht, das beispielsweise bei den Wahlen von 1903 ganzen 239 000 Wählern der ersten und 857 000 Wählern der zweiten Klasse zusammen das doppelte Stimmgewicht wie den mehr als 6 Millionen Wählern der dritten Klasse gab! Wirkliche Demokratie ist dem Kapitalismus ein Greuel. Da die Kapitalisten eine dünne Oberschicht und gegenüber den Ausgebeuteten eine verschwindende Minderheit bilden, so kann ihnen nur eine Verfassung zusagen, die die Bürgerrechte nicht nach der Kopfzahl sondern nach dem Geldbeutel verteilt, also eine Verfassung der äussersten Rechtsungleichheit.

Bestände in Deutschland wirklich, wie die Kommunisten behaupten, eine "Diktatur der Trustbourgeoisie", so hätte diese die Weimarer Verfassung, die sich auf dem Prinzip der absoluten Gleichheit aller Staatsbürger aufbaut, sicher längst beseitigt. Wir könnten unmöglich alsdann heute den zwölfjährigen Bestand dieser Verfassung feiern. Die Weimarer Verfassung ist aber da, und ihre Existenz ist der beste Beweis dafür, dass die "realen Machtverhältnisse", um mit Lassalle zu reden, in Deutschland andere sind, als die Kommunisten behaupten. Es existiert nämlich gegenüber der - keineswegs zu leugnenden - Macht der Kapitalistenklasse die mindestens ebenbürtige und auf die Dauer stärkere Macht einer aufgeklärten und willensstarken Arbeiterklasse. Weil die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft einen Machtfaktor ersten Ranges bedeutet, deshalb hat sich die Weimarer Verfassung als zutreffender Ausdruck der "realen Machtverhältnisse" bis heutiges Tages als lebensfähig und lebenskräftig erwiesen. Sie wird es auch bleiben, solange die Arbeiter in ihrer Masse den Lockrufen der kommunistischen Spalter und der nationalsozialistischen Kapitalspitzel widerstehen und nicht freiwillig, demagogischen Einflüsterungen folgend, ihre politischen und organisatorischen Machtmittel aus der Hand geben.

Freilich werden jetzt die Kommunisten behaupten, die Weimarer Verfassung habe in Wirklichkeit schon zu bestehen aufgehört, da das Kabinett Brüning unentwegt und unbekümmert mit dem Artikel 48 regiere. Wir leugnen keineswegs, dass die Verfassungsverletzung, deren sich dieses Bürgerkabinett schuldig macht, ein sehr ernstes Faktum ist, über das gerade der überzeugte Anhänger der Weimarer Verfassung nicht mit einem Achselzucken hinwegkommt. Die Regierung Brüning hat den Verfassungsfeinden links und rechts einen billigen Triumph bereitet, indem sie den zwölften Verfassungsjahrestag im Zeichen eines bedenklichen Verfassungsbruches stehen lässt.

Allein wir verfallen nicht in die Methoden der kommunistischen Rabulistik, die imstande ist, das Meerwasser, weil es Salz enthält, kurzerhand für reines Salz zu erklären. Eine Verfassungsverletzung durch ein Bürgerkabinett, so wenig wir sie leicht zu nehmen gewillt sind, bedeutet noch lange nicht das Ende der Verfassung. Wer stärker ist - das Kabinett Brüning oder das Verfassungswerk von Weimar - das wird sich sehr bald erweisen. Die Wahl vom 14. September gibt dem ganzen Volke Gelegenheit, durch einen gemeinschaftlichen Willensakt die Verfassung wieder herzustellen und das Kabinett Brüning in der Versenkung verschwinden zu lassen. Glaubt jemand im Ernst, Herr Brüning würde den Versuch einer Militärdiktatur riskieren, wenn ihm die grosse Mehrzahl der Wähler am Wahltag eine unzweideutige Absage erteilt? Etwas mehr Intellekt als den Hitler, Buchrucker, Ludendorff und Hugenberg trauen wir ihm denn doch zu.

Freilich, dass Herr Brüning sein Experiment einer zeitweiligen verfassungswidrigen Herrschaft auf Grund des für ganz andere Verhältnisse geschaffenen Ausnahmeartikels 48 überhaupt wagen konnte, sollte als Symptom nicht unbeachtet bleiben. Die Berliner Kommunalwahlen, zum Teil auch die sächsischen Landtagswahlen liessen das Bürgertum hoffen, dass die kommunistisch-nationalsozialistische Spaltung der Arbeiterklasse weitere Fortschritte mache und dass hierdurch schliesslich eine Änderung der "realen Machtverhältnisse" zugunsten des kapitalistischen Bürgertums eintreten werde, die ausreichend sei, um die Weimarer Verfassung stückweise abzubauen.

Das ist der tiefere Sinn der bürgerlichen Kampfansage. Begreift die Arbeiterschaft die historische Bedeutung dieser Wahl, so muss sie ihrerseits alles aufbieten, um die "realen Machtverhältnisse" zu ihren eigenen Gunsten zu verschieben. Das geschieht, indem sie die hitlerschen Kapitalsozialisten wie die Moskauer Spaltpilze von sich abschüttelt und sich bei der Wahl einmütig um das Banner der Sozialdemokratie scharrt.

Zehn Millionen sozialdemokratische Stimmen am 14. September, das ist die beste Verfassungsfeier und zugleich der wirksamste Verfassungsschutz.

SPD. Paris, 9. August (Eig. Drahtb.)

Im nördlichen Industrierevier ist eine gewisse Entspannung zwischen Arbeitgebern und Streikenden eingetreten. In Roubaix haben 33 Fabriken die Forderungen der Streikenden (Tariferhöhung um 25 Centimes pro Stunde) angenommen. In anderen Städten macht sich eine ähnliche Entwicklung bemerkbar.

Die Gewerkschaftsführung dringt darauf, dass in denjenigen Fabriken, die die Forderung der Arbeiterschaft angenommen haben, sofort die Arbeit wieder aufgenommen wird. Die Kommunisten bemühen sich jedoch nach wie vor mit allen Mitteln, die ihnen unbequeme Wendung der Dinge zu verhindern. Die sozialistischen Gewerkschaften können dieser Entwicklung der Dinge natürlich nicht tatenlos zusehen. So wurde ein Selbstschutz belgischer und französischer Arbeiter gebildet, dessen Aufgabe es sein soll, die Wiederaufnahme der Arbeit in denjenigen Fabriken, die den erhöhten Stundentarif angenommen haben, gegen die kommunistischen Störungsversuche zu sichern. Es ist zu befürchten, dass die Kommunisten neue blutige Zusammenstöße provozieren werden.

SPD. Vor einiger Zeit wurden der Leiter des Arbeitsamtes Eisleben und mehrere Beamte der gleichen Dienststelle wegen Betrugs zu mehr oder weniger hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Rechtspresse benutzt jetzt den Verlauf der Gerichtsverhandlung zu wüsten Angriffen gegen den damaligen sozialdemokratischen Landrat in Eisleben, den jetzigen Regierungspräsidenten Fitzner in Frankfurt a.d.O. Ihm wird u.a. vorgeworfen, die ihm damals zur Kenntnis gekommenen strafbaren Handlungen der betreffenden Beamten vertuscht zu haben, weil ihm diese Beamten parteipolitisch nahegestanden hätten.

An der Darstellung der Rechtspresse ist kein wahres Wort. Sie unterschlägt in ihrer tendenziösen Darstellung absichtlich, dass im Verlaufe der Beweisaufnahme durch ein in der Verhandlung verlesenes, bei den Prozessakten befindliches Schreiben Dr. Fitzners an den inzwischen verurteilten Leiter des Arbeitsamtes vom 18. November 1927, klar zum Ausdruck gekommen ist, dass Dr. Fitzner bei der ersten ihm zugegangenen Mitteilung über einen angeblichen Fehlbetrag in der Kasse des Arbeitsamtes unverzüglich schriftlich eine Revision dieser Kasse verlangt hat. Das hat der sozialdemokratische Landrat Dr. Fitzner getan, obwohl er für das damals bereits Reichsbehörde gewordene Arbeitsamt nicht mehr zuständig war. Der Leiter des Arbeitsamtes hat ihm auf dieses Schreiben am 29. November 1927 schriftlich mitgeteilt, dass er auf Grund der vorgenannten Mitteilung sofort eine Revision der Kasse beantragt hätte. Diese Revision ist nach den Prozessberichten tatsächlich vorgenommen worden.

Es sei weiter ausdrücklich festgestellt, dass die in der Darstellung der Rechtspresse zum Ausdruck kommende Behauptung, Dr. Fitzner habe sich im Parteiinteresse in Funktionär Versammlungen der sozialdemokratischen Partei für die Vertuschung der jetzt zur Aburteilung gelangten Straftaten eingesetzt, völlig aus der Luft gegriffen ist. Wie der vorstehend angeführte Schriftwechsel zwischen ihm und dem Leiter des Arbeitsamtes beweist, hat er im Gegenteil auf restlose Bereinigung gedrungen und ist im übrigen weder als Landrat noch als Parteimann mit diesen Dingen befasst gewesen.

Es ist also auch hier wieder einmal festzustellen, dass die Rechtspresse sich nicht scheut, gegen einen hohen Beamten Verdächtigungen zu verbreiten, nur weil er der sozialdemokratischen Partei angehört.

SPD. Wien, 9. August (Eig. Drahtb.)

Die Meuterei gegen den Heimwehrführer Steidle zieht weitere Kreise. Alle Innsbrucker militärischen Heimwehrführer haben an die Landesführung eine Eingabe gerichtet, in der sie sich mit dem von seinem Regimentskommando enthobenen

Führer der Opposition gegen Steidle und den Führern des Innsbrucker Heimwehr-Jägerregiments solidarisch erklären.

Steidle ist von dem Führer der Opposition inzwischen zum Duell gefordert worden.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Pariser "Intransigeant" vom 8.d.M. enthält eine Meldung aus Berlin, wonach bei den letzten deutsch-russischen Schlichtungsverhandlungen in Moskau geheime Besprechungen über militärische und politische Fragen geführt worden seien. Diese Meldung ist vollkommen aus der Luft gegriffen und entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

SPD. Paris, 9. August (Eig. Drahtb.)

Ein Doppelmord von höchst geheimnisvollen Begleitumständen in der Stadt Viry-Chatillon bildet die neueste Sensation der französischen Kriminalchronik.

Ein Hotelier aus dieser Stadt unternahm dieser Tage mit seinem Freunde eine nächtliche Autofahrt. Am Sonnabend fand man beide Männer mit je einem Schuss im Kopf im Automobil sitzend in der Garage des Hotels vor. Beide Schüsse stammen aus einem altmodischen Jagdgewehr, das neben dem Wagen lag. Die von der Polizei eingeleiteten Ermittlungen ergaben, dass der Täter sich in einem Kaninchenstall versteckt hatte und die Schüsse von dort aus abgefeuert haben muss. Der Stall befindet sich etwa 100 Schritte vor dem Eingang der Garage. Der Hotelier, tödlich getroffen, konnte seinen Wagen noch bis in die Garage lenken, ehe er verschied. Die Untersuchung hat ferner ergeben, dass beide Männer während ihrer regelmässig unternommenen nächtlichen Autofahrten wilderten. Möglich, dass sie sich durch diese Tätigkeit Feinde zugezogen hatten, von denen einer sie aus dem Hinterhalt erschoss. Einer zweiten Annahme der Polizei zufolge kann es sich auch um eine Eifersuchtstragödie zwischen den beiden Männern handeln.

SPD. Nach Amanullah von Afghanistan und Fuad von Ägypten, stättet jetzt als drittes exotisches Staatsoberhaupt der König Fessal, der Herrscher des Irak-Staates der Reichsregierung einen halboffiziellen Besuch ab.

Amanullah ist inzwischen längst entthront worden, Fuads Abdankung steht gegenwärtig auf der Tagesordnung der ägyptischen Politik. Ob Fessal auf die Dauer glücklicher sein wird als die beiden anderen Könige, die vor ihm Berlin besucht haben, bleibe dahingestellt. Sein Vater, der Emir Hussein, der in einem anderen arabischen Teil des früheren Türkischen Reiches, im Hedschas, herrschte, ist inzwischen durch den Aufstand der Wahabiten verjagt worden und lebt im Exil.

Der Irak ist gewissermassen eine Erfindung, politisch jedenfalls eine Schöpfung der Siegerstaaten, insbesondere Englands. Vor dem Kriege nannte man dieses Gebiet allgemein Mesopotamien. Es gehörte der Türkei und eine besondere Neigung zur Selbständigkeit hatte sich dort kaum bemerkbar gemacht. Freilich galt dieses Gebiet als wirtschaftlich märchenhaft reich und als strategisch wichtig. Der deutsche, der französische und der englische Imperialismus gerieten daher über den Begriff "Bagdad" in Konflikt. Deutsche Grossbanken, von der kaiserlichen Regierung lebhaft angespornt, stellten mächtige Kapitalien für den Bau einer Bahn nach Bagdad zur Verfügung. Frankreich befasste sich mit dem Plan einer Konkurrenzbahn durch die syrische Wüste. England stand diesen Bestrebungen umso misstrauischer gegenüber, als es darin den Versuch anderer Mächte erblickte, mit ihrem finanziellen, technischen und moralischen Einfluss in bedenkliche Nähe des Persischen Golfs, also auch

Indiens zu gelangen.

Der Zusammenbruch der Zentralmächte, denen sich seinerzeit auch die Türkei angeschlossen hatte, gab England die Möglichkeit, bei der allgemeinen Aufteilung des früheren Osmanischen Reiches auch dieses Gebiet "zu befreien". Dass es keine förmliche britische Kolonie wurde, verdankt Mesopotamien vor allem dem Umstand, dass amerikanische und sonstige Erdölinteressenten auf das Entschiedenste gegen einen unbeschränkten Einfluss Grossbritanniens auf die dort vermuteten Petroleumreichtümer Einspruch erhoben.

Langwierige Verhandlungen vor dem Völkerbundsrat, die sich an den zweiten Friedensschluss mit der Türkei (Lausanner Vertrag) anknüpften, führten schliesslich zu einem Kompromiss zwischen London und Angora: England erhielt auf 15 Jahre die Mandatsaufsicht über den Irak, der als "selbständiger" Staat einen eigenen Herrscher bekommen sollte. Dazu bestimmte England den Emir Fessal den Sohn seines arabischen Schützlings Hussein.

Indessen sollte England neben seinen übrigen, ungleich wichtigeren Welt-sorgen auch noch in Bezug auf Mesopotamien eine schwere Enttäuschung erleben: es stellte sich auf Grund umfassender Untersuchungen durch Geologen und sonstige Erdöl-experten heraus, dass die ungeheuren Petroleumschätze des Irak zwar nicht zu den "Märchen von 1001 Nacht" - die ebenfalls in Mesopotamien spielen-gelören, dass aber ihre Ausbeutung zunächst auf viele Jahre hinaus völlig unrentabel sein würde. Die Quellen liegen im Gebirge an der persisch-mesopotamischen Grenze, zum Teil sogar auf persischem Gebiete, weitab von der Ebene des Euphrats und des Tigris. Es müssten vorerst Strassen und Bahnen gebaut werden, die viele Millionen verschlingen würden; und das Resultat wäre bestenfalls jene Verschlimmerung der Überproduktion, an der den internationalen Petroleumtrusts im Interesse der Hochhaltung der Preise gar nicht gelegen ist.

Deshalb hat sich England in wachsender Masse vom Schicksal des früher so begehrten Irak desinteressiert. Die Arbeiter-Regierung hat sich bereit erklärt innerhalb kurzer Frist auf das Mandat zu verzichten und dem Völkerbund die baldige Aufnahme des Irak als selbständigen Staat zu empfehlen. Freilich bedeutet dieser politische Verzicht auch einen Verzicht auf die zu riskante wirtschaftliche Aufschliessung des Landes. Damit hängt auch der Besuch Fessals in Berlin unmittelbar zusammen. Wo die britischen Finanziere versagen, erhofft man Hilfe von der deutschen Wirtschaft: Firmen wie Krupp und Otto Wolff sollen an der Entwicklung des Irak interessiert werden. Wir hoffen, dass die beteiligten Banken und Industriekonzerne diese Verhandlungen mit der gebotenen Vorsicht führen werden und dass man sich nicht durch den Ausblick auf imperialistische Zukunftsträume verleiten lassen wird, Unsummen in ein Geschäft zu stecken, vor dem sogar das viel reichere England zurückgeschreckt ist. Deutschland kann sich in seiner jetzigen Lage den Luxus solcher gewagten Spekulationen noch viel weniger leisten! Zumal dann die Verluste - siehe Mansfeld - stets auf Kosten der Arbeiterschaft wieder eingebracht werden.

SPD. Paris, 9. August (Eig. Drahtb.)

In einem offiziellen Kommuniqué erklärt die rumänische Gesandtschaft in Paris, dass die von einigen englischen Zeitungen verbreitete Nachricht über die bevorstehende Einführung der Diktatur in Rumänien völlig unbegründet sei.

SPD. Der erste Bundespräsident des Reichsbanners Hörsing hat dieser Tage an den Führer der Staatspartei Dr. Koch-Weser einen Brief gerichtet, der folgende Fragen enthielt:

1. Steht die Deutsche Staatspartei vorbehaltlos zur Weimarer Verfassung?
2. Wird die Deutsche Staatspartei die Farben der Republik Schwarz-Rot-

Gold gegen alle Angriffe verteidigen?

3. Wird die Deutsche Staatspartei den sozialen Schutz der Kopf- und Handarbeiter, der Rentner und aller wirtschaftlich Schwachen gegen eventuelle Übergriffe der Wirtschaftsmächte abwehren helfen?

4. Wird die Deutsche Staatspartei sich für die Republikanisierung von Reich, Staat und Gemeinde einsetzen?

5. Wird die Deutsche Staatspartei den kulturschändenden Antisemitismus ablehnen und wo nötig bekämpfen?

Auf diese Fragen hat Herr Koch-Weser mit folgendem Brief geantwortet:

"Sehr verehrter Herr Oberpräsident!

Ihre Anfrage vom 31. Juli möchte ich nach Rücksprache mit meinen Freunden von der Deutschen Staatspartei wie folgt beantworten:

Die Frage 1.) möchte ich uneingeschränkt mit Ja beantworten. Im Aufruf der Deutschen Staatspartei heisst es an hervorragender Stelle: "Die Deutsche Staatspartei steht auf dem Boden der Reichsverfassung", es wird dann weiter ein Bekenntnis zum "volksstaatlichen Aufbau der Republik" abgelegt. Damit ist das demokratisch-republikanische Bekenntnis der Deutschen Staatspartei in aller Klarheit gegeben. Ihre zweite Anfrage beantworte ich gleichfalls uneingeschränkt zustimmend, ebenso die Frage drei.

Die vierte Frage ist nicht ohne weiteres in ihrer Bedeutung zu erkennen. Die Deutsche Staatspartei steht auf dem Standpunkt, dass jeder Beamte in Reich, Staat und Gemeinde, seinem Diensteid getreu, für die Verfassung eintreten muss. Die Anstellung und Beförderung der auf dem Boden der Verfassung stehenden Beamten soll aber nach dem Aufruf der Deutschen Staatspartei nach der Leistung, nicht nach der Parteizugehörigkeit erfolgen.

Die Deutsche Staatspartei lehnt den kulturschändenden Antisemitismus ab und bekämpft ihn.

Mit kameradschaftlichem Gruss

Ihr sehr ergebener Koch-Weser."

SPD. Bukarest, 9. August (Eig. Drahtb.)

In der Nacht zum Sonnabend entstand in den Dockanlagen des Donauhafens Galatz eine Feuersbrunst, die in kurzer Zeit zu einem ungeheuren Feuermeer wurde. In einem Zeitraum von etwa 3 Stunden verbrannten nicht weniger als 500 Waggons mit Waren, darunter 180 Wagen mit Kleidungsstücken, 200 mit Kolophonium und 100 mit Tabakwaren. In den Dockanlagen selbst folgte Explosion auf Explosion, durch die zahlreiche in der Nähe befindliche Gebäude erschüttert bzw. schwer beschädigt wurden. Als die zahlreich aufgebotenen Feuerwehren und militärischen Abteilungen den Brand bereits gelöscht glaubten, griffen die Flammen von neuem um sich und erreichten einen Getreidespeicher, vor dem 150 Waggons Exportgetreide und 700 Ballen Wolle lagerten. Das Gebäude und die Waren wurden ebenfalls ein Opfer des Feuers. Die Flammen konnten so schnell und widerstandslos um sich greifen, weil der Wasserstand der Donau in Anbetracht der seit Wochen zu verzeichnenden regenlosen Tage und der starken Hitzeperiode ausserordentlich stark zurückgegangen ist und das zum Löschen benötigte nasse Element 3 km vom Brandort entfernt geholt werden musste.

Im Verlauf der Katastrophe sind leider auch Menschen zu Schaden gekommen. Ein Feuerwehrmann verlor infolge der ausserordentlich starken Rauchentwicklung die Besinnung und verbrannte bei lebendigem Leibe. Acht Feuerwehrleute mussten infolge Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden.

Ehekrieg in Österreich.

von Friedrich Austerlitz (Wien).

SPD. In der ganzen Welt schliessen Mann und Frau eine Ehe; in Österreich aber gibt es nicht nur diese, die normale Ehe, sondern auch eine Dispensehe: die zwar nach Ansicht der Gerichte keine Nicht - Ehe ist, aber von ihnen dennoch jederzeit als ungültig erklärt werden kann und auch ausnahmslos als ungültig erklärt wird. Nun kommen diese Dispensehen keineswegs vereinzelt vor, können also nicht als ein blosses Objekt zur Übung des Witzes von Juristen betrachtet werden, sondern sind geradezu eine Massenerscheinung. Zählt man doch bereits an rünfzigtausend Dispensehen, und es würden ihrer wahrscheinlich noch mehr sein, wenn der Dispens, auf Grundlage dessen sie geschlossen werden, nicht so schwer erreichbar wäre. Er wird von der "Landesstelle" gegeben. Was in dem monarchistischen Österreich der vom Kaiser ernannte Statthalter war, ist jetzt der von den Landtagen gewählte Landeshauptmann. Dieser Dispens ist aber nur von zweien der Landeshauptmänner zu bekommen: dem vom Lande Wien und dem vom Lande Kärnten, die beide nicht Christlichsoziale sind; in allerdings spärlichen Fällen kann man ihn auch vom Bundeskanzleramt erreichen, ah das gegen die Verweigerung des Dispens ein Einspruch gerichtet werden kann. Es ist nun für die Heuchelei, die hier im Schwange ist, bezeichnend, dass diese Dispense, die den Klerikalen ein Greuel sind, von jedem Bundeskanzleramt gegeben werden, selbst dann, wenn als Bundeskanzler der Herr Dr. Seipel fungiert, dem doch nicht zuzutrauen ist, dass er von den katholischen Verpflichtungen abirren könnte: es wird das dann so gemacht, dass abgewartet wird, wenn Herr Seipel auswärts ist, und die Bewilligungen dann der Vizekanzler gibt. So werden die Dispensehen erzeugt; wenn sie aber geschlossen sind, werden sie für ungültig erklärt.

Was ist das nun: der Ehedispens und die Dispensehe? Das österreichische Eherecht ist ein konfessionelles Recht: es ist kein einheitliches Gesetz für die Staatsbürger, vielmehr ein Eherecht für Katholiken, für "Nichtkatholische christliche Religionsverwandte" (Protestanten) und für die Juden; für jede Konfession anderes Recht und Gesetz. Während den Nichtkatholiken und Juden die Trennung der Ehe (in Österreich heisst die Auflösung der Ehe, die das Deutsche Bürgerliche Gesetzbuch als Scheidung der Ehe bezeichnet, Trennung der Ehe, wogegen die deutsche Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft in Österreich Scheidung von Tisch und Bett genannt wird) gestattet ist, ist eine Ehe zwischen Katholiken schlechthin unlöslich; sie kann nur durch den Tod getrennt werden, was zur Folge hat, dass Leute, die als Katholiken geheiratet haben, selbst "wenn auch nur ein Teil schon zur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Religion zugetan war", ihre Ehe niemals auflösen können, verheiratet bleiben, auch wenn durch "Scheidung von Tisch und Bett" ihre Ehe tatsächlich schon Jahre und Jahrzehnte lang aufgehoben ist. Das "Eheband" bleibt von alldem unberührt, bleibt unauflöslich; eine neue, eine zweite Ehe ist den Katholiken unerreichbar. Und wenn der andere Eheteil als Wahnsinniger sein ganzes Leben im Irrenhaus, als Verbrecher sein ganzes Leben im Zuchthaus verbringt, wenn der Mann die Frau kaltherzig, die Frau den Mann leichtfertig für immer verlässt; da sie katholisch geheiratet haben, bleiben sie so lange miteinander verheiratet, als sie leben. Was diese "unlöslichen" Ehen an Menschenqual, an bitterem Leid hervorrufen, ist nicht zu ermessen; nicht minder klar aber ist auch, dass die berühmte Sittlichkeit dadurch nicht gewinnt. Urtriebe der Menschen machen vor Gesetzesparagraphen nicht halt; also war die Folge, dass sich die Menschen, wenn sie einander nicht heiraten durften, ohne obrigkeitliche Bewilligung liebten, "Konkubinate" eingingen, und die Kinder, die ihren Verhältnissen entsprossen, uneheliche Kinder wurden. Auch die verstocktesten Klerikalen hätten einsehen müssen, dass hier eine Reform unerlässlich ist.

Aber alle Versuche, das mehr als hundert Jahre alte Eherecht zu reformieren, Versuche, die schon in der alten Monarchie eingesetzt hatten, schei-

terten an der starren Unnachgiebigkeit des Klerikalismus; selbst die von dem damaligen Justizminister eingebrachte kleine Reform ging in dem ersten Parlament der Republik nicht durch. Inzwischen war die Verwaltung des Landes Niederösterreich (damals noch mit Wien vereinigt) an eine sozialdemokratische Mehrheit geraten und Landeshauptmann ("Landesstelle") wurde der Sozialdemokrat Sever (nach dem die Dispensehen manchmal auch "Sever-Ehen" genannt werden). Jetzt wurde der Dispens entdeckt, das heisst eine in dem alten bürgerlichen Gesetzbuch verschollene Bestimmung zum Leben gebracht. Das katholische "Eheband" ist nämlich ein Hindernis der Ehe, aber von Ehehindernissen kann "aus wichtigen Gründen von der Landesstelle Nachsicht erteilt werden": sie können nachgeprüft, von ihnen kann dispensiert werden. Seit dem Jahre 1919 wird dieser Dispens vom Ehehindernis des Ehebandes erteilt, und da durch den Dispens das Ehehindernis behoben ist, steht einer neuen Ehe kein Hindernis mehr entgegen. Die Unlöslichkeit der katholischen Ehe und das aus ihr sich ergebende Verbot der Schliessung einer neuen Ehe wird dadurch umgangen. Da nach dem Kriege, der in so reicher Zahl die berüchtigten Kriegsehen gebracht hatte, das Bedürfnis nach Auflösung unglücklicher Ehen besonders gross war, dieses Bedürfnis auch durch viele Jahre künstlich zurückgestaut worden ist, war der Andrang der Bewerber um einen Ehedispens naturgemäss sehr gross. Und zwar aus allen Gesellschaftsschichten, aus den bürgerlichen Kreisen vielleicht am grössten. So hat, um einige bezeichnende Beispiele zu nennen, die Tochter des ehemaligen christlichsozialen Bürgermeisters von Wien Weiskirchner eine Dispensehe geschlossen; so der ehemalige christlichsoziale Minister Zerdik; so der ehemalige Erzherzog Peter Ferdinand - also Leute, an deren strengklerikaler Gesinnung nicht zu zweifeln ist. Das Schicksal der Dispensehen war allerdings immer höchst ungewiss: so oft sie vor ein Gericht gelangten, sind sie für ungültig erklärt worden. Aber das hat dieser neuen Eheschliessung keinen Eintrag gemacht: die Menschen dachten sich, alle Dispensehen kommen doch nicht vor das Gericht, und heirateten weiter.

Nun war die Sache eigentlich ein bodenloser Skandal: mit der einen Hand erteilte der Staat durch seine Landeshauptmänner oder durch sein Bundeskanzleramt den Dispens, führte also die Dispensehe selbst herbei; mit der anderen Hand liess er durch seine Gerichte die Dispense vernichten, die Dispensehen für ungültig erklären. Diese Situation veranlasste den Verfassungsgerichtshof im Jahre 1927 zu der Erkenntnis, dass durch die doppelte Entscheidung ein sogenannter bejahender Kompetenzkonflikt entstanden ist, und diesen Kompetenzkonflikt hat er dahin gelöst, dass zur Entscheidung über den Dispens nur die Verwaltungsbehörde kompetent ist, weshalb die Gerichte den von ihr erteilten Dispens nicht überprüfen dürfen, vielmehr respektieren müssen, also die Dispensehen wegen des Ehehindernisses des Ehebandes nicht für ungültig erklärt werden darf. Damit war die Dispensehe auch vor der Ungültigkeitserklärung geschützt: wenn in einem konkreten Fall der Kompetenzkonflikt erhoben wurde, so war die Dispensehe gerettet, konnte sie nicht mehr vernichtet werden. Aber der Klerikalismus liess nicht locker, und so hat er auch das neue Recht des Verfassungsgerichtshofes nicht hingenommen. Seine Antwort war eine beispiellose Hetze gegen den Verfassungsgerichtshof, den man deshalb politischer Parteilichkeit beschuldigte. Bei der den Heimwehfaschisten zu Liebe gemachten Verfassungsrevision fand sich die ersehnte Gelegenheit, den unabhängigen Verfassungsgerichtshof los zu werden. Man löste ihn, dessen Mitglieder auf Lebenszeit gewählt waren, durch Gesetz auf, änderte seine Wahl und Zusammensetzung, und brachte so einen Gerichtshof zustande, in dem die Regierung und der Klerikalismus gleicher Massen auf eine sichere Majorität zählen können. Er hat die von ihm erwartete Arbeit sofort willig geleistet, hat in einer Entscheidung, die dieser Tage veröffentlicht wurde, das frühere Urteil aufgehoben und damit den Ungültigkeitserklärungen der Gerichte wieder den Weg geebnet. Die fünfzigtausend Dispensehen, die als Folge des alten Erkenntnisses das Gefühl der Sicherheit erlangt hatten, sind nun wieder vogelfrei.

Wäre eine Regierung am Ruder, die für die Notwendigkeiten der Zeit halbwegs ein Gefühl hat, so könnte sie die durch diesen Tendenzspruch hervorgerufene Erregung wohl dazu ausnützen ein Gesetz durchzubringen, das wenigstens die aller Uebelstände beseitigt. Aber daran ist bei der Regierung Schober, die aus lauter Ängsten und Halbheiten besteht, nicht zu denken.

Aus aller Welt

Drei Könige aus dem Morgenlande.

Nach Aman Ullah und Fuad der Dritte im Bunde: Faisal, der Wüstenhäuptling,

SPD. Bahnhof Friedrichstrasse in Berlin. Auf dem Bahnsteig, der den Fern D-Zug aus dem Westen bringt, sammelt sich eine illustre Gesellschaft. Herren im korrekten Diplomatenfrack gehen mit soigniertem Lächeln auf und ab, spiegelblanke Zylinder auf, dazwischen sieht man einige exotische Gesichter, die erheblich aus dem europäischen Rahmen fallen. "Was is'n da los?" fragt ein biederer Handwerker, der vorübergeht, einen Dienstmann, der mit etwas spöttischen Lächeln abseits von der offiziellen Gruppe steht. "Was wird wohl los sind! Irgend so ein kleiner Amanullah ist wieder in Anmarsch".- -

Pleite, aber durchs Brandenburger Tor...

Pünktlich 5 Uhr 27 fährt am Spätnachmittag eine sagenhafte Majestät in die Hauptstadt der Republik ein: ein dürrer Herr mit einem sieghaften Helidentenor-Lächeln, das aus einem Filmmagazin stammen könnte. Auf dem Kopf sitzt ihm in furioser Verwegenheit ein Wollkäppi wie es die Schotten beim Tanzen zu tragen pflegen, kurzum, der erlauchte Gast ist bestimmt nicht alltäglich! - Es ist König Faisal aus dem Irak, ein kleiner Despot von Englands Gnaden, der mit samt seinem königlichen Haus kurz vor der Pleite stehen soll und deshalb schnell noch einen kleinen Abstecher nach Deutschland gemacht hat... Man kann nie wissen... Und Amanullah hat ja schliesslich auch hier die besten Geschäfte auf Kosten der braven Bürger gemacht.

Der Herr mit dem Tanzkäppi.

Es ist alles genau so, wie es bei derartigen Anlässen zu sein pflegt. Im Kreuzfeuer der Photographen macht der Herr mit dem Tanzkäppi sein freundlichstes Photographiergesicht, zur Linken präsentiert sich ein Oberst aus seiner Leibwache, der so schneidig aussieht, wie ein altpreussischer Hauptmann der Landwehr, zur Rechten sieht man den Legationsrat Dr. Drobba, der vom Auswärtigen Amt Herrn Faisal als sein Berliner Begleiter mitgegeben worden ist. "Liebling des Volkes".

Eine Viertelstunde später. Grosser Empfang im Adlon, wo eine "Zimmerflucht" für die irakesische Majestät reserviert worden ist. Die Boys machen Hofknixe, dem Geschäftsführer stehen vor Aufregung über so viel Exklusivität die Schweissperlen auf der Stirn. Draussen haben sich ein paar Dutzend neugierige Strassenbummler aufgebaut, die den Herrn mit dem Wollkäppi geniessen, als ob er ein Theaterstück wäre. Herr Faisal kann dieser "Liebe des Volkes" nur mit einem unentwegt freundlichen Lächeln begegnen und opfert sich noch einmal den Photographen, die ihn in ein geradezu grimmiges Kreuzfeuer nehmen. Dann verschwindet S.M. mit einer kurzen leutseligen Verbeugung vor den unentwegten Untertanen in seiner "Zimmerflucht"

"Jeder einmal bei Hindenburg!"

Am Sonnabend mittag kam ein besonders erhebender Moment. Das war, als König Faisal mit Hindenburg in der Wilhelmstrasse ein Frühstück einnahm. Herr Faisal aus dem Morgenland kam in einem schnittigen Automobil vorgefahren, der schneidige Oberst folgte in einem zweiten Wagen, die Wache präsentierte, dass es nur so eine Art hatte, draussen standen die Leute, um ein wenig von der allerhöchsten Frühstücksluft mitzunehmen. Die Photographen kletterten auf

die Gartenzäune und knipsten unter akuter Lebensgefahr, was wiederum gewisse Eingriffe der Schupo nötig machte, die es als nicht notwendig fand, dass zu Ehren des Herrschers aus Irak Heldentote vom Schauplatz abgetragen wurden. Am Nachmittag sah man den König am Wannensee, aber nicht dort, wo die Berliner in Massen für billiges Geld zu baden und zu schwimmen pflegen, sondern auf dem Gelände des feudalen Golf- und Landclubs, wo Herr Faisal in einem kleinen Match bewies, dass er nicht nur photographiefreundlich lächeln, sondern auch wie ein geborener Gentleman Golf spielen kann.

Die Pleitemajestät aus Afghanistan.

Die Berliner aber, skeptische Leute, die sie nun einmal sind, lächeln ironisch und machen ihre Witze über Faisal, die Wollmützen-Majestät aus dem Morgenland. Sie denken an jenen kleinen dicken, etwas asthmatisch schnaufenden Herrn aus Afghanistan, der nach Berlin kam und wie ein kleiner Cott gefeiert wurde. Das war Amanullah, der gleich mit seinem ganzen Hofstaat gekommen war und der unserer Industrie Millionenaufträge gab, ohne sie jedoch bezahlen zu können. Denn Amanullah war, trotz der glänzenden Bajazzouniform, mit der er in Berlin aufmarschierte, so sehr bis über die Ohren verschuldet, dass es wegen Mangel an Masse noch nicht einmal zum Konkurse reichte. Jetzt sitzt der grosse Aman in Rom und hat nichts weiter zu tun, als die Rechnungen unbezahlt zurückzuschicken, die ihm die Post in sein faschistisches Asyl nachschickt.

Faule Monarchenwechsel.

Einige Monate später kam ein anderer gekrönter Ritter, ebenfalls von kleinerer Statur, aber mit einem sehr markant auf Energie gedrehten Bärtchen, sodass er wie eine exotische Ausgabe des letzten Wilhelm aussah. Auch dieser Mann, es war König Fuad von Aegypten, wurde mit allem Pomp und in allen Ehren begrüsst, auch er wollte uns Millionen zu verdienen geben. Aber es war mit ihm wie mit Amanullah: sein königliches Haupt umkreiste gleichfalls schon der Pleitegeier, als er es durchs Brandenburger Tor trug. Nun präsentiert uns der Dritte im Bunde, Herr Faisal vom Irak, faule Monarchenwechsel. Und so leid es uns tut, wir müssen höflich dankend ablehnen. Denn wenn wir auch eine Republik mit dem Artikel 48 und Herrn Brüning haben, ein Asyl für, wie der Berliner sagt, "verschütt" gegangene Majestäten sind wir noch lange nicht!

Kabliou.

+ + +
Sexualität und Politik.

Liebe und Hass im Cuvelier-Prozess.

SPD. Sexualität und Politik sollten nichts miteinander zu tun haben, haben aber leider in Wirklichkeit häufig sehr viel miteinander zu tun. Ein sehr lehrreiches Beispiel dafür ist der Fall Cuvelier in Zeitz, der eigentlich mit grösserem Recht ein "Fall Schröder" genannt werden müsste. Er ist zugleich ein Beispiel dafür, wie notwendig psychologisches Verständnis für den Strafrichter ist, und wie wenig davon die Zeitzer Richter besessen haben.

Nachdem auf das Drängen des Preussischen Justizministeriums endlich ein Verfahren gegen die beteiligten Nationalsozialisten eingeleitet worden ist, konnte man eine Ueberraschung erleben. Der Hauptbelastungszeuge Schröder hatte sich noch vor Gericht als Beschützer der deutschen Mädchen aufgespielt, hatte aber andererseits dieselben Mädchen mit dem Ausdruck "Deutsche Säue" beschimpft. Schon dieser eigenartige Widerspruch hätte misstrauisch stimmen müssen. Und nun erfahren wir, dass bereits vor dem Prozess eine Strafanzeige des Vaters eines der Mädchen gegen Schröder vorgelegen hat wegen eines Vergewaltigungsversuches, den dieser deutsche Kronzeuge an dem Mädchen kurz zuvor begangen hatte. Schröder muss recht kräftig abgewiesen worden sein, denn bei dem Ringkampf durch den das Mädchen sich nur mit Mühe befreien konnte, hat sich Fräulein Hösel den rechten Fuss verstaucht; überdies sind ihr zum Andenken an den deut-

schen Kavalier von diesem beinahe einige Zähne ausgeschlagen worden.

Der psychologische Vorgang, der sich hier abgespielt hat, ist keineswegs besonders eigenartig. Denn Liebe und Hass schliessen sich gar nicht aus, da wir auf Grund der Seelenforschung der letzten Jahrzehnte den Hass nur als die negative Seite der Liebe kennen gelernt haben. Eines kann unvermittelt ins andere übergehen. Wie nicht selten aus fanatischem Hass urplötzlich glühende Liebe entsteht, hat uns der grosse englische Dichter Shakespeare mehrmals in wundervoller Plastik dargestellt. Sehr viel häufiger noch ist das Gegenteil der Fall, dass nämlich aus der Liebe ganz unvermittelt Hassgefühle hervorgehen, namentlich, wenn der Liebende von dem oder der Geliebten abgewiesen wird. Sehr viele Klatschereien, die junge Männer über ein Mädchen in ihrer Bekanntschaft herumtragen, und bisweilen auch abfällige Aeusserungen junger Mädchen über Männer aus ihrem Bekanntenkreise haben in dieser unbefriedigten Sehnsucht des enttäuschten Liebenden ihren eigentlichen Ursprung. Ein grosser Teil der boshaften Witze, die man bisweilen über das angeblich lockere Leben in der Oeffentlichkeit stehender Persönlichkeiten zu hören bekommt, sind ebenfalls nicht selten darauf zurückzuführen, dass die Witzereisser selbst einmal von der so bekritelten Person abgewiesen wurden.

Es ist deshalb nicht besonders verwunderlich, dass sich die stürmische Liebe des Herrn Schröder nach ihrer ebenso stürmischen Abweisung durch Fräulein Hösel in bitteren Hass verwandelt hat. Dieser Hass freilich dürfte die Objektivität des Kronzeugen wesentlich beeinträchtigt haben, der in so schneidiger Form vor Gericht erklärte, nur der Franzose, der wahrscheinlich dem Mädchen zu nahe zu treten beabsichtigte, könnte aus verletzter Eitelkeit auf ihn eingestochen haben. In Wirklichkeit wird sich wahrscheinlich in dieser Behauptung nur die eigene gefühlsmässige Einstellung gegenüber Fräulein Hösel gespiegelt haben.

Jedenfalls ist diese sexuelle Verblendung des Schröder allein schon geeignet, die Aussagen dieses Zeugen in ihrem Beweiswert erheblich herabzusetzen. Ob die nächste Instanz, die sich mit dem Prozess Cuvelier zu beschäftigen hat, dem Rechnung tragen wird?

+ + +
Spion Gantners Abenteuer.

Der "Mörder" ist doch nicht so harmlos - der Filmdirektor, die Diva, Prinz Fuad und die Wienerin - Sollte der Russe Tschernow erschossen werden?

SPD. Der von der Berliner Kriminalpolizei verhaftete Eugen Gantner, hat gestanden, für Frankreich Spionage geübt zu haben. Gantner ist kein Spion kleineren Formats. Er gehört zu jenen Verbrechern, von denen man annehmen muss dass sie über Leichen gehen - wenn nicht über körperliche, dann doch wenigstens über wirtschaftliche Leichen.

Gantner verstand es glänzend, die Freundinnen, die ihm auf den Leim krochen, finanziell auszunutzen. So gründete er in Gemeinschaft mit einer reichen Holländerin, die gerne Filmdiva werden wollte, die "Ariston"-Filmgesellschaft in Berlin - der Herr Direktor lebte auf Kosten der Diva in spe auf grossem Fuss, die Gesellschaft fasste aber keinen...; nach einigen Monaten kam es zum Krach; erstens in der Freundschaft und zweitens in der Firma. Die nächste Freundin, die Gantner weidlich auszubeuten verstand, war eine Wienerin die ihrem Freund ausserordentlich grosse Summen zur Verfügung stellte, weil sie sich in ihrer krankhaften Eitelkeit in der Hoffnung wiegte, durch Gantner mit "Prinz Fuad" bekannt zu werden. Erst als die Dame aus Wien erfuhr, wie sie von ihrem Galan genasführt worden war, wandte sie sich enttäuscht von ihm ab - nicht ohne ihn vorher in aller Oeffentlichkeit gehörig zu ohrfeigen.

Von besonderem kriminalistischem Interesse ist die Vermutung, dass Gantner das Attentat auf den Besitzer der "Pension Fasanenplatz" Berlin, den Russen Tschernow, auf dem Gewissen hat. Tschernow ist am 4. August niedergeschossen worden; angeblich von Einbrechern. Man hat die Täter nicht erwischt.

jetzt aber ist es möglich, dass Licht in die Sache kommt. Gantner wohnte etwa drei Monate lang in der Pension "Fasanenplatz" und hinterliess, als er dort wegzog, einige Schulden. Erst vor kurzer Zeit, angeblich nach einjährigem Aufenthalt in Paris, tauchte Gantner wieder in Berlin auf und mietete sich abermals in der Pension, deren Besitzer er gesunde Geldverhältnisse vorspiegelte, ein. Bald blieb Gantner das Geld für Miete und Verpflegung abermals schuldig. Nunmehr beobachtete der Besitzer der Pension, Tschernow, seinen Gast näher und schöpfte schliesslich auf Grund von Besuchen von allerhand dunklen Existenzen und verschiedener Umstände, offenbar nicht unberechtigten Spionageverdacht. Eines Tages wurde Gantner an die Luft gesetzt und Tschernow verständigte die Polizei. Es ist nun sehr leicht möglich, dass der Ueberfall auf Tschernow am 4. August mit einem Einbruch garnichts zu tun hatte, sondern vielmehr zur erfreulicherweise missglückten Ermordung des Russen führen sollte. Konnte Tschernows Aussage bei der Polizei nicht äusserst belastend sein?

Tschernow hat einige beträchtliche Schussverletzungen davon getragen, befindet sich aber nicht mehr in Lebensgefahr. Die Polizei ist mit seiner Vernehmung beschäftigt.

+ + +

Ford kommt! Ford hat Reisevisa für Deutschland, England, Frankreich und die Schweiz angefordert und wird seine Europareise voraussichtlich am 12. September antreten; Ford wird zuerst Köln und Oberammergau besuchen.

+ + +

Fliegers Liebestod. Der französische Fliegerleutnant Casterand in La Peyrade hat sein Leben auf eben so schauerlich-romantische wie moderne Weise beendet. Casterand war mit einem 17jährigen Mädchen verlobt. Als das Mädchen von sich aus die Verlobung löste, weil sie an der Liebe ihres Bräutigams zweifelte, glaubte dieser, seine Verehrung für die junge Dame nur durch den Tod beweisen zu können. Hier der Wortlaut des Abschiedsbriefs: "Du wirst an meiner Liebe niemals wieder zweifeln können. Morgen, nachdem ich Euer Haus in La Peyrade mit meinem Flugzeug überflogen habe, wirst Du als Beweis in der Nähe des Hauses meinen Leichnam betrachten können, denn ich werde mich aus meinem Flugzeug stürzen." Gesagt - und schauerlicherweise getan. Das junge Mädchen hat den Brief kaum gelesen, als es das Surren eines Flugzeuges hörte und sah, wie der Geliebte vom Führersitz seiner Maschine auf den Flügel kletterte und sich aus 300 Meter Höhe hinabstürzte. Mit zerschmetterten Gliedern blieb der Pilot vor dem Hause seiner Braut von gestern liegen.

+ + +

Die Vernehmung des Muttermörders. Der Berliner Muttermörder Calis Sujamani-Thielecke, der vor einigen Tagen seine Mutter in der Badewanne erdolcht hat, ist auch am Sonnabend eingehend verhört worden. Zahlreiche Zeugen, die ebenfalls gehört wurden, verstärken den Eindruck, dass der Mörder in seinen pathologischen Wahnvorstellungen so rettungslos verstrickt ist, dass er selbst an die Wahrheit seiner restlos erfundenen Angaben glaubt. So hat er z.B. Angaben über eine Mexiko-Reise gemacht, die er überhaupt nicht angetreten hat. Interessant ist, dass sich der Mörder seit längerer Zeit schon mit dem Werfen von Dolchen geübt hat und darin eine besondere Fertigkeit besass. In einer Gesellschaft soll er früher einmal Behauptungen aufgestellt haben, dass seine Mutter einen Dolch nach ihm geschleudert habe.

+ + +

24 000 Studienräte! Nach der deutschen Hochschulstatistik bereiten sich 24 000 Studenten auf den Beruf des Studienrats vor. Da im Laufe der nächsten fünf Jahre ungefähr nur 2 500 derartige Stellen neu besetzt werden können, muss leider damit gerechnet werden, dass man im Jahre 1934 etwa 7 bis 8 000 Studienassessoren zählen wird, für die es auf lange Jahre keine Verwendungsmöglichkeit geben dürfte.

Gewerkschaftliche Rundschau

Die Balken im eigenen Auge...

Die Zentrumschristen sehen sie nicht.

SPD. Mit auffallender Gereiztheit bekämpft die Presse der Christen jede kritische Bemerkung von sozialdemokratischer Seite gegenüber der Zentrums= politik. Vor einigen Tagen hatten wir darauf hingewiesen, dass der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns auf der Tagung der christlichen Bergarbeiter wohl eingehend über die Arbeitslosenfrage gesprochen, dabei aber merkwürdigerweise kaum mit einem Wort das Arbeitszeitproblem berührt habe, obwohl doch von den Gewerkschaften wiederholt gerade im Interesse der Arbeitslosen eine scharfe Verkürzung der Arbeitszeit gefordert worden sei. Diese einfache Feststellung gab dem "Deutschen", dem Organ der christlichen Gewerkschaften, sofort Anlass, wieder einmal über den früheren sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissell herzufallen.

Der "Deutsche" sagt, es komme nicht auf's Reden an, sondern auf die Tat. Als ob wir verlangt hätten, Herr Dr. Brauns habe in Aachen über die Arbeitszeitfrage nur reden sollen. Wir waren lediglich der bescheidenen Meinung, dass eine Unterstützung der Gewerkschaftsforderung auf Arbeitszeitverkürzung gerade jetzt am Platze gewesen wäre, weil zurzeit die Arbeitszeitfrage in einer besonders wichtigen Industrie, nämlich in der rheinisch=westfälischen Schwerindustrie, akut geworden ist. Selbst wenn Wissell, als er noch Reichsarbeitsminister war, für die Arbeitszeitverkürzung nichts getan haben sollte, dann kann deswegen doch Herr Dr. Brauns jetzt, in einem nicht unwichtigen Zeitpunkt, etwas für die Arbeitszeitverkürzung tun. Er hätte damit - wie wir nochmals hervorheben wollen - vielleicht auch einiges wieder gut machen können, was in der Lohnfrage zu Ungunsten der Arbeiterschaft durch die Lohnabbau=Politik des Zentrums verbrochen worden ist.

Auf der Tagung der christlichen Bergarbeiter ist auch die Frage der Unfallversicherung angeschnitten worden. Auch hier haben wir uns nur eine fast harmlose Bemerkung zu einigen Ausführungen des Ministerialdirektors Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium erlaubt, weil in der Berichterstattung die Dinge so hingestellt wurden, als ob jetzt im Reichsarbeitsministerium wichtige Reformen auf dem Gebiet der Unfallversicherung in Vorbereitung seien. Wir haben die bescheidene Bemerkung gemacht, dass die von Grieser mitgeteilten Reformpläne nicht erst jetzt, sondern schon vor dem Amtsantritt Stegerwalds im Ministerium "im Fluss" waren. Auch diese einfache Feststellung bringt den "Deutschen" förmlich aus dem Häuschen. Er redet davon, dass es Stegerwald fern liege, sich mit fremden Federn zu schmücken. Als ob wir das Stegerwald vorgeworfen hätten. Wir denken nicht daran, Herrn Stegerwald in einer Weise herunterzumachen, wie das in der Presse der Christen Wissell gegenüber geschehen ist. Auch jetzt wieder versuchen die Blätter der Christen dem früheren sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister alles mögliche in die Schuhe zu schieben, wofür er nicht verantwortlich gemacht werden kann. So wollen sie die Reform der Krankenversicherung, wie sie jetzt durch Brünnings Notverordnung in Kraft gesetzt wurde, auf Wissells Konto setzen. Sie erklären, der derzeitige Entwurf zur Reform der Krankenversicherung sei noch unter dem Reichsarbeitsminister Wissell "ausgearbeitet" worden. Was ist unter Wissell "ausgearbeitet" worden? Ein unverbindlicher Referentenentwurf, der lediglich zur Diskussion gestellt worden ist. Eine Diskussionsgrundlage ist kein Gesetz.

Was jetzt dagegen durch Notverordnung nur die Krankenversicherung festgelegt worden ist, ist keine Reform um der Krankenversicherten willen, auch nicht eine Reform zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung, sondern ein Abbau der Leistungen zu Gunsten des Reichs, das sonst gewisse Mehrleistungen gegenüber der Arbeitslosenversicherung übernehmen müsste. Was durch die Notverordnung zwangsweise für die Krankenversicherung festgelegt wurde, ist nicht ein sozialpolitischer, sondern ein rein fiskalischer Akt, und nur aus diesen rein fiskalischen Gesichtspunkten, die man auch gar nicht verleugnet, erklärt sich, wie von den freien Gewerkschaften bereits festgestellt wurde, die Aufnahme von Bestimmungen, die in ihrer unsozialen Tendenz nicht nur gewisse Bestimmungen des früheren Referentenentwurfs, sondern überhaupt alle Erwartungen weit übertröfen und die darum in allen nicht nur fiskalisch, sondern auch sozialpolitisch eingestellten Kreisen bisher auf schärfste Ablehnung gestossen sind. Angesichts dieser Tatsache ist es einfach lächerlich, den früheren Reichsarbeitsminister Wissell sozusagen zum Vater des Leistungsabbaus in der Krankenversicherung machen zu wollen. Das Zentrum muss für seine "sozialpolitischen" Taten schon selbst gerade stehen. Auch die Haltung Freussens im Reichsrat in der Frage der neuen Krankenscheinegebühr, die die Christen dem preussischen Ministerpräsidenten Braun aufs Konto schreiben wollen, ist im Kern eine Zentrumsangelegenheit; denn verantwortlich für die Sozialpolitik in Preussen ist der Wohlfahrtsminister Hirtsiefer - ein Zentrumsmann.

Wie in der Frage der Krankenversicherung, so wollen die Zentrumsblätter und die Blätter der christlichen Gewerkschaften auch in der Frage des Arbeitslosenschutzes für die Verschlechterung die Sozialdemokratie haftbar machen. Sie sagen: "Wer hat den "brutalen Angriff auf die Sozialversicherung" begonnen? Die Regierung Müller-Wissell mit ihren fünf freien Gewerkschaftlern war es, die den ersten Entwurf zur Herabsetzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung im Reichstag einbrachte und die Krisenfürsorge beseitigte." Das ist etwas sehr starker Tabak. Das Gegenteil ist richtig: Der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass der ersten Reform der Arbeitslosenversicherung die schärfsten Zähne ausgebrochen worden sind. Nicht dem Zentrum, wohl aber der Sozialdemokratie ist es zu verdanken, wenn seinerzeit keine Bindung der Unterstützungshöhe an die Dauer der Anwartschaft erfolgte, wie sie jetzt durch die Notverordnung Brünings festgelegt worden ist. Die Arbeitslosen werden übrigens in kurzer Zeit selbst feststellen und am eigenen Leibe verspüren, wann die wirkliche Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung eingesetzt hat: mit der Reform unter Wissell oder mit der unter Stegerwald.

Die Zentrumschristen besitzen die Stirn, das Elend der von der Krisenfürsorge nicht erfassten Ausgesteuerten dem Sozialdemokraten Wissell anzukreiden. Dabei war es Wissell, der im Winter 1929 immerhin eine Ausdehnung der Krisenunterstützung unternahm. Erst im Hinblick auf die Besserung des Arbeitsmarktes im Sommer 1929 sowie unter dem Druck der Finanzlage und nicht zuletzt infolge der allgemeinen Haltung des Zentrums in der Arbeitslosenfrage wurde die Krisenfürsorge im Sommer 1929 wieder eingeschränkt. Ironisch hat der "Grundstein", das Organ der freiorganisierten Bauarbeiter, den Reichsarbeitsminister Stegerwald aufgefordert, in der Frage der Krisenfürsorge doch zu zeigen, dass er nicht so "schlapp" sei wie sein Vorgänger. Bis jetzt hat sich jedoch Stegerwalds grössere Energie nicht bemerkbar gemacht, obwohl - um nur ein Beispiel zu nennen - in Berlin jetzt im Juli die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter mehr als 30 000 beträgt, während sie ein Jahr zuvor erst 9 000 war.

Es sind schon richtige Balken, die das Zentrum in seinem Auge nicht sieht.

SPD. Tag für Tag entrüsten sich die Revolutionären Gewerkschaftsoppositionellen über den "Arbeiterverrat" der Sozialfaschisten und über die "Rückgratlosigkeit" der Gewerkschaftsbonzen, während sie sich selbst marktschreierisch als Retter des Proletariats anpreisen. Was für rückgratfeste Helden sich unter diesen "Rettern des Proletariats" befinden, zeigen einige reizende Vorkommnisse auf Dortmunder Zechen. Auf der Zeche Oespel erscheint eine kommunistische Betriebszellenzeitung. Sie beschimpfte in der gemeinsten Weise die freigewerkschaftliche Mehrheit des Betriebsrats. Der oppositionelle Schmierfink war ein - inzwischen entlassenes - kommunistisches Betriebsratsmitglied und ein Führer der Roten Gewerkschaftsopposition, namens Junkermann. Vor dem Arbeitsgericht suchte sich dieser Held mit der Behauptung herauszureden, ein anderer, dessen Name er "aus Solidarität" verschweigen wolle, sei der Schmierfink gewesen. Natürlich wurde er kostenpflichtig verurteilt. Er wollte dann durch Eid seine Unschuld beteuern, hat aber, als es Ernst wurde, darauf verzichtet. Auf der Zeche "Hartenberg" hatten Kommunisten einen "Revolutionären Kampfausschuss" gegründet. Als bei den Massenentlassungen auch die drei Kampfausschüssler gehen mussten, klagten sie, weil sie "aus gewerkschaftlichen Gründen" entlassen worden seien. Vor dem Arbeitsgericht rückten die Helden, als sie nach ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit gefragt wurden, mit einer Erklärung an, worin es wörtlich heisst: "Der Revolutionäre Kampfausschuss sieht...3.) seine Aufgabe darin, die Unorganisierten zum Eintritt in die freien Gewerkschaften zu veranlassen". Stürmische Heiterkeit war die Antwort des Arbeitsgerichts auf diese Erklärung; denn keiner der "Revolutionären" war, wie der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende feststellt, Mitglied der freien Gewerkschaften.

SPD. Die neuen furchtbaren Arbeitslosenziffern, die deutlich zeigen, dass die Reichsregierung mit ihrer -Arbeitsbeschaffung nicht vom Fleck kommt, zwingen die Grosstädte jetzt zur Selbsthilfe. So haben in Berlin am Freitag Vertreter der Bauwirtschaft, der Bauarbeitergewerkschaften, der Handelskammer, der Bau- und Bodenbank und verschiedener städtischer Dienststellen zur Arbeitsbeschaffungsfrage Stellung genommen. Die Konferenz traf die Feststellung, dass das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung für Berlin ungenügend sei. Aus diesem Grunde soll in Kürze ein besonderes Berliner Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgearbeitet werden, für das bei der Reichs- und Staatsregierung um Unterstützung gebeten wird.--

Im Berliner Wirtschaftsgebiet sind, wie Stadtbaurat Wagner, der Einberufer der Konferenz, mitteilte, zur Zeit rund 315 000 Arbeiter voll arbeitslos, die vom Reich und von der Stadt Unterstützung beziehen. Die Stadt selbst hat allein 80 000 Ausgesteuerte durch die Wohlfahrt zu unterstützen, die pro Monat 5 Millionen kosten. Die Zahl der Kurzarbeiter ist in diesen Ziffern nicht enthalten. Im Juli waren mehr als 30 000 Bauarbeiter voll arbeitslos, während im Vorjahr in der gleichen Zeit nur 9 000 Bauarbeiter ohne Beschäftigung waren. Wagner sieht die Ursache dieses trostlosen Zustandes vor allem darin, dass der Stadt, die bereits in der Steuerüberweisung benachteiligt werde, der Anleihemarkt für dringende Arbeiten verschlossen wurde. Die Folge sei eine allgemeine Baudrosselung. "ast jeden Monat müsse eine Brücke für den Verkehr gesperrt werden, weil die Mittel für ihre Erneuerung fehlen.

Die "arnungen der Gewerkschaften in der Anleihefrage sind nicht beachtet worden. "etzt haben wir die Bescherung.

Wirtschaft mit Technikhandel

Diktatur der Oeltrusts.

Die Frage eines Benzinmonopols.

SPD. Der Benzinkampf, der seit ungefähr 1½ Jahren immer wieder von sich reden gemacht hat, ist wieder aufgelebt und zwar wird von den sogenannten freien Händlern behauptet, die Benzinpreise seien zu hoch, während die Oelgesellschaften in ihren Verlautbarungen feststellen, dass es dem Handel nicht auf eine Preissenkung, sondern auf Erhöhung seiner Verdienstspanne ankomme. Die Benzinverbraucher haben zunächst von dem Streit den Vorteil, dass die Oelgesellschaften für das Benzin, das aus ihren eigenen Pumpen entnommen wird, den Preis um 2 Pfennige ermässigt haben. Diesem Vorgehen haben sich die freien Händler angeschlossen. In Frage kommen dafür nur kleine Bezirke.

Der Streit wird zwischen der Rheinland-Garagen-Betriebs A.G. Köln und den Oelgesellschaften geführt, die seit 1926 in einer Konvention zusammengeschlossen sind. Die Aussichten dieses Kampfes liegen klar auf der Hand. Schon einmal ist die Rheinland-Garagen G.m.b.H. gegen die grossen Oelgesellschaften mit billigeren Preisen angerannt und musste in aller Form kapitulieren, weil sie ihr Oel von einer Gesellschaft (Atlantic Refining Comp) bezog, die von den grossen Oelgesellschaften kontrolliert wird. Die grossen Oelgesellschaften sahen sich eine Zeit lang das Spiel an und sorgten im übrigen dafür, dass die Rheinland Garagen G.m.b.H. bald auf dem Trockenen sass. Anders wird es auch diesmal nicht kommen, wenn die freien Händler das Spiel auf die Spitze treiben wollen. Ueberhaupt ist die Bezeichnung freier Handel mit Vorsicht zu geniessen und wesentlich einzuschränken. Die freien Händler haben sich nämlich durch feste Verträge gegenüber den grossen Oelgesellschaften weitgehend verpflichtet. Diese Verträge garantieren ihnen grosse Verdienstspannen, liefern aber den Handel den grossen Oelgesellschaften aus. Das kommt jetzt darin zum Ausdruck, dass die Oelgesellschaften es wagen können, dem freien Handel einen Rabatt vorzuenthalten, den sie Benzin gewähren, das sie selbst vertreiben. Dem freien Handel kommt es bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen allem Anschein nach auch nur darauf an, Staub aufzuwirbeln, um so eine höhere Verdienstspanne zu erzwingen.

« Darüber hinaus hat der Kampf noch eine andere Bedeutung. Die grossen Oelgesellschaften haben Deutschland im Laufe von wenigen Jahren mit einem Netz von konzerneigenen Pumpen überzogen. Hier ist man nicht gerade rationell vorgefahren. Die Unterhaltung der Pumpen, die in vielen Fällen stark repräsentativen Zwecken dienen, kostet viel Geld. Viel Geld verschlingt auch eine ziemlich überflüssige Reklame. Auch die Belieferung dieser Konzernpumpen ist sehr kostspielig. Man hat vor einiger Zeit berechnet, dass allein auf dem für die Konzernpumpen ausgefahrenen Liter Benzin bis 8 und mehr Pfennige reine Tankausfuhrspesen liegen und dass die Einsparung von nur 1 Pfennig dieser speziellen Transportkosten pro Liter dem deutschen Kraftfahrwesen mit über 10 Millionen Mark zugute kommen würde. Die grossen Oelgesellschaften können sich diese Tankstellen nur leisten, weil das Benzingeschäft sehr profitabel ist. Die Krise scheint hier aber auch auf die Profite zu drücken, woraus sich das Bestreben der Oelgesellschaften erklärt, die Last der Krise von den konzerneigenen Pumpen auf die sogenannten freien Pumpen abzuwälzen. Deshalb die Er-

mässigung des Benzinpreises um 2 Pfennige für solches Benzin, das die Konzernpumpen verkaufen. Der Verbrauch soll von den freien Pumpen auf die Konzernpumpen geleitet werden. Das mag vorläufig eine durch die Krise wünschenswerte Massnahme sein. Für die Dauer könnte sie jedoch in Richtung einer Verdrängung und Ausschaltung des sogenannten freien Handels liegen. Das muss auch bei dem Kampf der Rheinland Garagen G.m.b.H. berücksichtigt werden.

In dem Kampf um den verschiedenen Benzinrabatt hat man nach Anwendung des durch die Notverordnung verschärften Kartellgesetzes gerufen. Dieser Ruf ist durchaus berechtigt, aber sicherlich anders, als sich das die Interessenten denken. Der Benzinpreis ist in Deutschland stark überhöht und zwar geht diese Preisübersetzung auf eine bestimmte Struktur der Benzineinfuhr zurück. Diese liegt in Hand der grossen ausländischen Oelgesellschaften. In Frage kommen die nordamerikanische Standard Oil Comp und des englisch-holländischen Shellkonzerns. Die in Deutschland bestehenden Vertriebsgesellschaften (Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft Standard Oil Rockefeller, Rhenania-Ossag - Royal-Dutch, Olex G.m.b.H. usw.) sind völlig von dem grossen Petroleumtrust abhängig. Diese Petroleumtrusts haben dafür Sorge getragen, jede Konkurrenz auszuschalten. Eine wichtige Konkurrenz stellten die Russen dar. Die Vertriebsgesellschaft des russischen Naphtasyndikats, die Derunapht (für Grossverbraucher) und die Derop (für den Kleinhandel) sind zwar der obenerwähnten Preiskonvention nicht direkt angeschlossen. Sie stehen aber mit dem Benzolverband der deutschen Zechen in engster Verbindung. Tatsache scheint es zu sein, dass die Russen ihr Oel an den Benzolverband der deutschen Zechen sehr billig abgeben. Diese aber stecken den fetten Zwischengewinn in die Taschen und bemühen sich im Verein mit den ausländischen Petroleumkonzernen, die deutschen Verbraucher nach Strich und Faden auszubeuten. Das deutsche Spritmonopolamt macht diese Preispolitik mit, obwohl sein absatz gegenüber den ausländischen Petroleumgesellschaften und dem Benzolverband der deutschen Zechen kaum in die Wagschale fällt.

Die Regelung bedeutet, dass die grossen ausländischen Oelgesellschaften, also der Shellkonzern und die Standard Oil, in Deutschland eine beliebige Preispolitik machen können. Während diese Oelgesellschaften im Auslande, wo sie auf irgend eine Konkurrenz stossen, die Preise erniedrigen und mitunter auf Tiefstand senken, werden die Preise in Deutschland unangemessen hoch gehalten. Die Oelgesellschaften lassen ihren Vertriebsgesellschaften in Deutschland gerade noch eine Verdienstspanne, dass sie die Dividende zahlen können. Im übrigen fliessen die Riesenzwischenwinne in die Tresors Rockefeller's und Sir Henry Deterdings, des Beherrschers des Shellkonzerns.

Die Dinge sind häufig kritisiert worden. Am schärfsten wohl vor kurzem durch Dr. Walter Guggenheimer, der im "Deutschen Volkswirt" den Vorschlag macht, die Diktatur der Oelgesellschaft dadurch zu brechen, dass ein Einkaufs- und Vertriebsmonopol für alle Betriebsstoffe geschaffen wird. Dieses Monopol will Guggenheimer aber dem Benzolverband der deutschen Zechen anschliessen. Dadurch wird die Situation nicht besser werden. Der Benzolverband als Inhaber des Einkaufs- und Vertriebsmonopols wird sich ohne Zweifel mit den ausländischen Oelkonzernen so verständigen, wie er sich mit dem russischen Naphtasyndikat verständigt hat. Soll eine Besserung erzielt werden, dann muss das Einkaufs- und Vertriebsmonopol in die Hand des Staates kommen. Der Staat könnte aus den Einnahmen dieses Monopols zweifellos einen wesentlichen Teil seines dringenden Finanzbedarfs decken und dabei noch die Benzinpreise ermässigen.

SPD. Unser Stettiner Mitarbeiter schreibt uns: Die Nachrichten über Schwierigkeiten namhafter Stettiner Firmen sind durch die gesamte deutsche Presse gegangen, in einem Teil der Blätter mit missbilligenden Bemerkungen über die angebliche "Subventionsfreudigkeit" der Stadt Stettin bzw. sozialdemokratischer Stadtvertreter versehen. Es handelt sich um zwei Zusammenbrüche und um Verhandlungen um eine Stützungsaktion für das grösste Stettiner Werft- und Reedereiunternehmen Retzlaff.

Zusammengebrochen ist ein altes Stettiner Warenhaus Aronheim & Cohn, sowie die Näh- und Schreibmaschinenfirma Bernhard Stoewer A.G. (nicht zu verwechseln mit der Automobilfabrik Stoewer, die schon seit Jahren nicht mehr als den Namen mit der Schreibmaschinen-Stoewer gemein hat) Schon diese Aufzählung zeigt, dass den Schwierigkeiten nicht dieselbe Ursache zu Grunde liegt. Das Warenhaus war vornehmlich das billige Kaufhaus der Arbeiterbevölkerung; es geriet infolge der ständigen und andauernd zunehmenden Verminderung der Kaufkraft der Stettiner Arbeiterbevölkerung in Schwierigkeiten. Man muss berücksichtigen, dass Stettin neben Breslau und Lauenburg (Hinterpommern) die Stadt der grössten Arbeitslosigkeit in Deutschland ist. Dazu kam, dass die DE-Be-Wa mit ihrem Abzahlungssystem und Karstadt mit der grösseren Kapitalbasis Aronheim & Cohn, die Privatfirma geblieben war, den grössten Teil der Kundschaft aus den Angestellten- und Beamtenkreisen entzogen hatten.

Bernhard Stoewer war schon vor einigen Jahren mit städtischer Hilfe saniert worden. Damals konnte Stoewer auf eine günstige Entwicklung des Exports von Schreibmaschinen und einen Rentabilität versprechenden Inlandsabsatz von Nähmaschinen hinweisen. Wenn die Firma nunmehr doch die Zahlungen einstellen und Stilllegung beantragen musste, so lag das vor allem darin begründet, dass die Fahrradabteilung, die als älteste Fabrikation weitergeführt wurde, mehr Verpflichtungen mit sich brachte, als vorauszusehen war. Die Leitung der Firma hat zweifellos den Fehler gemacht, die Fahrradfabrikation nicht rechtzeitig einzustellen und abzuwickeln. Dazu kam, dass die Firma aus besseren Zeiten einen zu grossen Verwaltungsapparat besass. Das Schreibmaschinen- und Nähmaschinen-geschäft litt unter dem Nichtabschluss des polnisch-deutschen Handelsvertrages und unter unerwarteten Vorstössen der amerikanischen Konkurrenz in England und auf dem Balkan. Trotzdem scheint die Produktion der beiden letztgenannten Artikel rentabel - wenn der Verwaltungsapparat den kleineren Massen entsprechend abgebaut wird. Da so die Aussicht besteht, 4 bis 5 000 Arbeitern und Angestellten ihre Arbeit zu erhalten, beteiligte sich die Stadt mit Zustimmung der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gewerkschaften wieder an der Sanierungsaktion, die im Gange ist.

Die Schwierigkeiten bei der Firma Retzlaff A.G. rühren in erster Linie von dem mangelnden Auftragsbestand der Werft her. Retzlaff betreibt mit 26 Dampfern (insgesamt 52 000 Bruttoregistertonnen) eine ansehnliche Trampfahrt, deren Rückhalt der Transport schwedischer Erze auf mehrjährige Kontrakte bildet. Die Werft dagegen mit ihren vier Hellingen, zwei Schwimmdocks und einem Schwimmkahn musste sich in der letzten Zeit mit Reparaturen der eigenen Dampfer und wenigen fremden Reparaturarbeiten durchhelfen. Wenn die Stadt sich trotzdem entschloss, auch hier helfend einzuspringen, so ging man dabei von der Erwägung aus, dass es für die Zukunft Stettins als Hafenstadt unbedingt notwendig sei, zwei leistungsfähige Werften am Orte zu erhalten. Die andere Werft befindet sich in Händen, deren plumpe Konkurrenzmannöver befürchten liessen, dass bei einer Schliessung der Retzlaff-Werft von einer bestimmten Kapitalgruppe eine rücksichtslose Ausnutzung der Monopolstellung der übrigbleibenden Werft stattfinden würde, die dem Schiffsverkehr Stettins schaden muss. Gerade die Ostseeschifffahrt, zum grossen Teil von wenig kapitalkräftigen Reedereien betrieben, pflegt die Häfen vorzuziehen, wo Entladen und Beladen mit der billigen Ausführung gelegentlicher Reparaturen verbunden werden kann. Die Werft Retzlaff sollte jedoch gerade "geschlachtet" werden, um der anderen Werft eine monopolistische Freispolitik zu ermöglichen. Das zu verhindern, lag nicht zu-

letzt im Interesse der werktätigen Bevölkerung Stettins.

Was die Kredite der Stadt an Retzlaff und Stoewer angeht, so sind sie unter sehr günstigen und sicheren Bedingungen gegeben worden. Sie wären vielleicht unnötig, wenn nicht die Grossbanken ihre Kreditgewährung ausdrücklich von der städtischen Beteiligung abhängig machten.

SPD. Die Beanspruchung des Reichsbankkredits hat sich in der Woche zum 7. August um 284,8 Millionen Mark auf 1745,2 Millionen Mark verringert, d.h. rund drei Fünftel der zur Ueberwindung des Juliultimos notwendigen Kreditsummen sind bereits in der ersten Woche in die Kasse der Reichsbank zurückgeflossen. Das ist sicherlich ein Ausdruck des flüssigen Geldmarktes. Weiter darf man annehmen, dass die öffentlichen Stellen den zur Ueberwindung des Ultimos in Anspruch genommenen Kredit so gut wie restlos zurückgezahlt haben. Der Gesamtbestand an Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten hat sich von 2566,2 Millionen in der ersten Augustwoche 1929 und von 1803,2 Millionen Mark in der ersten Juliwoche 1930 auf 1745,2 Millionen Mark gesenkt. Wechsel und Schecks sind um 170,7 Millionen Mark auf 1588,6 Millionen Mark zurückgegangen (erste Augustwoche 1929 = 2413,6 Millionen und erste Juliwoche 1930 = 1646,3 Millionen Mark).

Die Goldbestände haben sich diesmal nur um 300 000 Mark auf 2619 Millionen Mark erhöht. Bei den Devisen liegt ein Zugang um 56,4 Millionen auf 317,3 Millionen Mark vor. Er dürfte bis auf einen unbedeutenden Bruchteil wohl auf Umbuchungen zurückzuführen sein.

Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 56,5 % in der Vorwoche auf 59,5 %, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,1 % auf 66,8 %.

SPD. Die Abschlussberichte der Konsumvereine für den Monat Juli betonen übereinstimmend die verheerenden Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Kaufkraft der breiten Bevölkerung. Wenn die Konsumgenossenschaften ihre Umsätze einigermaßen halten konnten, so zeigt das, wie der Konsumverein Vorwärts-Dresden feststellt, von einer sehr starken Anpassungsfähigkeit an die wirtschaftlichen Verhältnisse. Im Dresdener Konsumverein stellte sich der Umsatz für Juli auf 4,635 Millionen Mark gegenüber 3,797 Millionen Mark im Juni 1930 und 5,126 Millionen Mark im Juli 1929. Der Reinzugang an Spareinlagen wird mit 291 000 Mark angegeben. Dem Verein traten im Monat Juli 690 Mitglieder neu bei.

Günstiger ist das Ergebnis für Berlin. Hier ergibt sich mit einem Umsatz von 6,481 Millionen Mark für den Monat Juli gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzerhöhung von 736 000 Mark = 12,8 %. Das günstige Resultat ist nicht allein auf den starken Zugang an Neumitgliedern - Folge der "Mittelstandspolitik" - zurückzuführen. So erhöhte sich der Durchschnittsumsatz je Mitglied von 33,05 M im Monat Juli 1929 auf 33,85 Mark im Juli 1930. Die genossenschaftliche Warenvermittlung wird von den Mitgliedern in verstärkter Masse in Anspruch genommen. Die Neuaufnahmen in Berlin machen für den Monat Juli 1930 rund 3360 aus. Damit ist ein Rekord in den Aufnahmen während der Sommermonate erreicht. Falls sich die weitere Entwicklung in Berlin in gleich günstiger Weise vollzieht, wird der Mitgliederzugang im neuen Geschäftsjahr das Ergebnis des Vorjahres (rund 39 000 neue Mitglieder) noch überschreiten. Die Sparkasse der Berliner Konsumgenossenschaft konnte ihre Einlagen um 715 000 Mark auf 46,74 Millionen Mark erhöhen.

Befestigt bei geringem Umsatz.

(Berliner Getreidebörse vom 9. August)

SPD. Die Berliner Produktenbörse nahm am Sonnabend bei schwachem Besuch einen sehr ruhigen Verlauf. Die Umsatztätigkeit blieb äusserst gering. Weizen eröffnete am Markte der Zeitgeschäfte ziemlich unverändert, konnte aber im Verlauf seinen Stand befestigen. Bei Roggen lagen die Dinge ganz ähnlich. Am Locomarkt war Weizen nur in geringem Umfange angeboten. Bei ruhiger Kauflust bleiben die Preise gut behauptet. An promptem Roggen war das Angebot stärker und konnte nicht immer glatt untergebracht werden. Der Mehlmarkt stagnierte fast völlig. Die Forderungen der Mühlen waren gegenüber dem Vortage unverändert. Hafer hatte feste Tendenz. Das Angebot in alter Ware war gering und wurde zu höheren Preisen aufgenommen. Für neue Ware, die zumeist in geringen Qualitäten vorlag, zeigte sich keinerlei Interesse. Auch der Gerstenmarkt war sehr still.

	8. August (ab märkische Station in Mark)	9. August
Weizen	245 - 248	247 - 250
Roggen	161	161
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	183 - 200	183 - 200
Hafer	182 - 190	183 - 192
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	29,75 - 37,75	29,75 - 37,75
Roggenmehl	22,50 - 25,00	22,50 - 25,00
Weizenkleie	9,50 - 9,80	9,50 - 9,80
Roggenkleie	9,50 - 10,00	9,50 - 10,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 262 $\frac{1}{2}$ (Vortag 262 $\frac{1}{2}$), Oktober 265 (264 $\frac{1}{2}$), Dezember 271 (271). Roggen September 174 $\frac{1}{2}$ (175), Oktober 179 (179), Dezember 189 (189). Hafer September - (182), Oktober - (184), Dezember 190 (188 $\frac{1}{2}$).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 9. August: I. 139 Mark, II. 127 Mark, III. 111 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

SPD. Die General Motors Corporation, die in Deutschland die Opel-Werke betreibt, weist für das zweite Quartal 1930 einen Reingewinn von 53,4 Millionen Dollar aus gegenüber 89,4 Millionen Dollar in der gleichen Zeit des Vorjahres. Für das erste Halbjahr ergibt sich ein Reingewinn von 98,3 Millionen Dollar gegenüber 151,8 Millionen im Vorjahre. Das Unternehmen verkaufte in Nordamerika, Kanada und den überseeischen Ländern rund 764 000 Wagen gegenüber 1,171 Millionen Wagen im 1. Halbjahr 1929. Der Rückgang macht also 55% aus.

Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

2. Tag. V. Klasse - Vormittagsziehung vom 9. August.

2 Gewinne zu je	75 000 Mk.	217578					
2 Gewinne zu je	25 000 Mk.	284151					
8 Gewinne zu je	3 000 Mk.	12895	126980	185667	328892		
16 Gewinne zu je	2 000 Mk.	16887	42170	80854	115278	116447	165788
		238905	380222				
28 Gewinne zu je	1 000 Mk.	71531	72482	85071	100915	115478	131398
		186163	216123	229479	256641	263725	337764
		355107	399017				
108 Gewinne zu je	500 Mk.	8679	9297	9412	17837	25710	35670
		39698	41819	49896	54638	58889	65640
		69044	73897	80311	93812	103240	105763
		105984	109330	113073	118032	120695	133119
		157604	160831	168210	174722	186384	202219
		206668	223655	228114	236732	236957	248473
		255843	258079	260582	268188	277497	287926
		304093	307962	322898	325174	333564	342266
		348983	355046	357977	368059	381990	399848
188 Gewinne zu je	300 Mk.	2987	6869	9068	17907	20301	21447
		22244	22833	31264	35796	36914	38497
		43660	45080	47310	54218	59695	60107
		61103	73995	75839	77272	79157	82403
		88599	90113	92366	96790	105010	107217
		108553	109324	111501	116589	118018	120287
		125140	131521	138254	138352	144880	152276
		170394	170994	171701	172238	175012	181907
		190998	192855	195151	195402	207729	209579
		212287	226104	227437	232357	234002	238891
		240130	240285	241561	246678	254423	257171
		258964	265868	268871	271382	284959	287268
		290489	296768	305205	305604	305954	313471
		315360	320510	321343	323086	326134	330799
		332530	360706	363077	363197	366464	366839
		385691	389237	393739	398794		

2. Tag. V. Klasse - Nachmittagsziehung vom 9. August.

6 Gewinne zu je	5 000 Mk.	151612	193102	390266			
6 Gewinne zu je	3 000 Mk.	75251	260806	313069			
8 Gewinne zu je	2 000 Mk.	69183	84149	179127	332837		
28 Gewinne zu je	1 000 Mk.	56753	113882	167945	170188	171625	172655
		185270	222627	257324	259107	319282	337411
		350389	360795				
72 Gewinne zu je	500 Mk.	118	7057	18097	24292	38058	56336
		57382	82764	83561	93531	93608	119697
		128762	131072	135359	140526	141625	150334
		190188	204925	239439	244954	283491	287201
		302911	311688	329469	329841	339566	341637
		342213	352183	355402	362106	399064	399169
174 Gewinne zu je	300 Mk.	1710	5496	6347	8086	21436	34908
		34949	42434	43507	44296	66288	66472
		69132	92942	93859	95243	103826	103905

111223	115718	116092	131743	131794	143870
148003	150120	156446	172294	174903	178753
180246	180485	183175	186186	187426	190792
192279	200983	203704	208657	210514	213060
217373	220240	223102	225080	233827	234285
234682	246729	248887	249766	252404	260488
261629	268626	275457	275677	280387	283505
283805	289779	291122	291965	299175	301369
301518	302983	305097	307022	310108	319880
322747	322961	330856	331681	334666	341529
346088	355265	360361	360748	364458	369908
370343	382286	391030			

Im Gewinnrade verblieben :

2 Prämien zu je 500 000 Mark	2 Gewinne zu je 500 000 Mark
2 Gewinne zu je 300 000 Mark	2 Gewinne zu je 200 000 Mark
2 Gewinne zu je 100 000 Mark	2 Gewinne zu je 75 000 Mark
4 Gewinne zu je 50 000 Mark	12 Gewinne zu je 25 000 Mark
86 Gewinne zu je 10 000 Mark	158 Gewinne zu je 5 000 Mark
422 Gewinne zu je 3 000 Mark	750 Gewinne zu je 2 000 Mark
1990 Gewinne zu je 1 000 Mark	4248 Gewinne zu je 500 Mark
11212 Gewinne zu je 300 Mark.	

SPD.